Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

#### 900 Milliarden

Auf langfristig 900 Mrd. EUR, also ein Drittel der deutschen Wirtschaftsleistung, schätzt Prof. Bernd Raffelhüschen, Leiter des Forschungszentrums Generationenverträge, die Gesamtkosten für die Aufnahme der Flüchtlingswelle nach der Barwertmethode. Er hält die Mehrheit der Migranten für nur schwer in den Arbeitsmarkt integrierbar. Auf Sicht seien "massive Steuererhöhungen" zur Finanzierung der Sozialkosten unvermeidbar. Der Freiburger Wissenschaftler merkt an: "Wenn sich Deutschland als Vorbild in Sachen Willkommenskultur hinstellt, zeigt der Rest Europas von England über Dänemark bis zu Polen oder Ungarn Unverständnis. Nach dem Motto: Wir wollen diese Leute nicht. Wenn ihr sie einladet, müsst ihr auch zahlen." Dringend erforderlich sei eine gesteuerte Zuwanderung, wie sie die USA praktizierten: "Wir brauchen Leute, das ist klar. Aber wir brauchen Leute, die wir brauchen." Es komme darauf an, im Sinne einer rationalen Handhabung den Kopf einzuschalten und "dieses blöde Bauchgefühl von den Glatzen im Osten und den Naivlingen im Westen abzuschalten".

#### Führungsverantwortung

Als "verhängnisvoll" hat EU-Ratspräsident Donald Tusk die deutsche Flüchtlingspolitik der offenen Türen bezeichnet. Deutschland müsse noch mehr tun, um seiner Stellung gerecht zu werden. "Führungsverantwortung heißt auch, zusammen mit den anderen Mitgliedstaaten die europäische Außengrenze zu sichern." Und der frühere Bürgerrechtler im kommunistischen Polen fügt mit Blick auf die deutsche Bundeskanzlerin hinzu: "Manche sagen, die Flüchtlingswelle sei zu groß, um sie zu stoppen. Das ist gefährlich. Diese Flüchtlingswelle ist zu groß, um sie nicht zu stoppen." Frau Merkel hatte ihre diesbezügliche Untätigkeit so begründet: "Wir können die Grenzen nicht schließen. Wenn man einen Zaun baut, werden sich die Menschen andere Wege suchen."

#### Staatsversagen

Das Amtsgericht Passau hat kürzlich sein mildes Urteil für einen serbischen Schleuser so begründet: "Angesichts der Zustände an den Grenzen ist die Rechtsordnung von der deutschen Politik ausgesetzt". Eine Analyse, die im Bundesinnenministerium zirkuliert, kommt zu dem Schluss, dass die Integration von Millionen Flüchtlingen nicht zu schaffen sei. Und weiter heißt es: "Wir importieren islamistischen Extremismus, arabischen Antisemitismus. nationale und ethnische Konflikte anderer Völker, wir importieren ein anderes Rechts- und Gesellschaftsverständnis." Was der anonyme Autor denkt, befürchten viele Mitarbeiter des BND, des Verfassungsschutzes, des Bundeskriminalamts und der Bundespolizei. Es gibt in der deutschen Nachkriegsgeschichte keinen vergleichbaren Fall von eklatantem Kontrollverlust und unfassbarem Staatsversagen.

#### "Soziale Sprengkraft"

Auch in der eigenen Partei weicht die Irritation über die planlose Flüchtlingspolitik zunehmend blanker Ablehnung. In der "Berliner Erklärung" haben die Innen-

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich "Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



experten von CDU und CSU gefordert, "die Zuwanderung auf ein Maß zu begrenzen, das die gesellschaftliche Akzeptanz nicht übersteigt." Die Bundesrepublik könne nicht allen Geflüchteten und Vertriebenen Schutz gewähren. Und weiter heißt es: "Trotz unserer humanitären Verantwortung gilt unsere Verantwortung zuerst allen unseren Bürgerinnen und Bürgern." Die "Utopie einer Multikultigesellschaft" sei gescheitert. Der CDU-Wirtschaftsrat hat die aktuelle Politik ebenfalls scharf kritisiert. Durch "verschiedene falsche Botschaften" sei eine Sogwirkung auf Flüchtlinge nach Deutschland entstanden. Die Festlegung von Obergrenzen sei dringend erforderlich. Die Bundesrepublik habe sich in der EU "durch einen Sonderweg zunehmend isoliert". Außerdem habe sich die Regierung durch die einseitige Aussetzung des Dublin-Abkommens über europäisches Recht hinweggesetzt. Der Wirtschaftsrat kommt zu dem Schluss: "Die soziale Sprengkraft einer hohen Zahl schlecht in Beschäftigung und Gesellschaft integrierter Immigranten ist gewaltig." Steffen Heitmann, der frühere Justizminister von Sachsen (CDU), hat gegenüber Frau Merkel seinen Parteiaustritt damit begründet, dass er deren Politik zur Öffnung der Grenzen nicht mehr mittragen könne. Selbst in DDR-Zeiten habe er sich noch nie so fremd im eigenen Land gefühlt.

#### "Tugendwächter"

Der Berliner Historiker Jörg Baberowski hat die Sorge geäußert, dass "das Deutschland, das wir kennen, durch die Masseneinwanderung verschwinden" werde. Zur regierungsamtlichen Hoffnung auf europäische Problemlösungen merkt er an: "Kein Land will Deutschland irgendeinen Einwanderer abnehmen. Das hätte funktioniert, wenn sich Angela Merkel von Anfang an Recht und Gesetz gehalten hätte. Weil sie die Grenzen geöffnet und jeden willkommen geheißen hat, ist sie zur Bittstellerin in Europa geworden." Deutschland sei zum "Land der Tugendwächter" geworden: "Diese Kritik bezieht sich vor allem auf die Fernsehmedien, Journalisten treten auf wie Hofberichterstatter, sie stellen keine kritischen Fragen, sondern verstehen sich als verlängerten Arm der Kanzlerin und ihrer Strategie. Sie machen Politik mit Bildern von Kindern und Frauen, berichten mit brüchiger Stimme und bedienen Gefühl und Ressentiment. Das ist ganz schlechter Journalismus, den wir seit Jahren Tag für Tag erleben müssen. Welcher Fernsehjournalist kann eigentlich noch zwischen Bericht und Kommentar unterscheiden? Die Bürger werden misstrauisch, sie wenden sich ab, weil sie glauben, dass Politiker und Journalisten Meinung erzeugen und Stimmung manipulieren wollen."

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

#### "Ins Chaos"

Die Gewaltexzesse der Sylvester-Nacht in Köln und anderen Städten haben die schlimmsten Befürchtungen übertroffen. Den für die neue Flüchtlingspolitik verantwortlichen Politikern scheint erst jetzt die Dimension der damit verbundenen Probleme und Risiken zu dämmern. Der FDP-Vorsitzende hat der Bundeskanzlerin vorgeworfen, sie habe mit der Grenzöffnung "unseren Kontinent ins Chaos gestürzt". Die Polizei-Gewerkschaft stellt fest, unser Land habe die Kontrolle verloren. Hans-Jürgen Papier, ehemaliger Präsident des Bundesverfassungsgerichts, beanstandet "eklatantes Politikversagen" in der Flüchtlingskrise. Der Top-Jurist weiter: "Noch nie war in der rechtsstaatlichen Ordnung die Kluft zwischen Recht und Wirklichkeit so tief wie derzeit." Bei der Sicherung der Außengrenzen gebe es inzwischen rechtsfreie Räume. Notwendig seien eine strikte Asylpolitik, die deutlich zwischen Kriegsund Wirtschaftsflüchtlingen trenne, die Sicherung der deutschen Grenzen, die vorübergehende Aussetzung der Schengen-Regeln und die Unterbindung illegaler Einreisen.

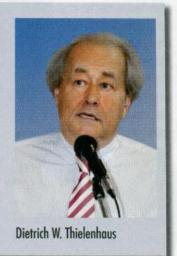
#### "Außer Kraft"

Alice Schwarzer hat die Vorfälle von Köln als Terror eingestuft: "Diese jungen Männer sind das triste Produkt einer gescheiterten, ja nie auch nur wirklich angestrebten Integration! Sie sind das Produkt einer falschen Toleranz, in der fast alle Menschen, Medien, Kirchen und Politiker unsere Demokratie, unseren Rechtstaat, unsere Gleichberechtigung infrage

stellen, ja mit Füßen haben treten lassen." Und der Publizist Wolfram Weimer sieht Deutschland in einer Krise der Rechtsstaatlichkeit: "Merkels Handstreich, das geltende EU-Recht einfach außer Kraft zu setzen und freie Regeln der Moralität gelten zu lassen, hat eine Kettenreaktion ausgelöst. Erst wurden Grenzregeln außer Kraft gesetzt, dann wurde das Aufenthalts- und Asylrecht massenhaft gebrochen, zigtausendfach galt hernach auch in Alltagssituationen kein "normales" Recht mehr."

#### Schweigekartell

Zu den bedenklichsten Phänomenen der letzten Zeit gehört die offenbar systematische Unterdrückung politisch unerwünschter Wahrheiten durch Medien und Polizeibehörden. Der vorwegeilende Gehorsam im Sinne vermeintlicher Political Correctness funktioniert offenbar - auch ohne offizielle "Dienstanweisung" wie eine effektive Selbstzensur in den Köpfen zahlreicher Akteure. Diese höchst problematische Einschränkung der Pressefreiheit wird gerechtfertigt mit der Behauptung, eine wahrheitsgemäße Berichterstattung fördere Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus. Das hessische Innenministerium "begründet" die strikte Anweisung an die Polizeibehörden, nicht über von Flüchtlingen begangene Straftaten zu berichten, so: "Die Pressestellen-Leiter wurden darauf hingewiesen, dass das Thema Flüchtlinge von Rechtsextremen instrumentalisiert werden könnte, um gezielt Stimmung gegen Schutzsuchende zu schüren." In NRW sollen GewaltDer Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich "Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



taten in und um Flüchtlingsheime nur dann gemeldet werden, wenn es sich um Anschläge von Neonazis handelt. Wie stark diese Manipulationen der öffentlichen Meinung mittlerweile auch in den Medien verankert sind, zeigt das Beispiel von Prof. Christian Pfeiffer, dem früheren Justizminister von Niedersachsen, der als Interview-Partner von zwei Fernsehsendern aufgefordert worden ist, im Zusammenhang mit der Kölner Skandalnacht "nicht über Flüchtlinge zu reden".

#### Weiter so?

Allein in der ersten Januar-Woche sind über 22.000 neue Flüchtlinge in Deutschland registriert worden. 2015 waren offiziell 1,09 Mio. Migranten erfasst worden. Das Bundesamt für Migration geht für das laufende Jahr von 500.000 Flüchtlingen als "Arbeitsgrundlage" aus. Der Rückstand von noch nicht bearbeiteten Asylanträgen liege aktuell bei 360.000. Außerdem gebe es "schätzungsweise" 300.000 Personen, die zwar schon in Deutschland seien, aber noch keinen Antrag gestellt hätten. Die Bundesregierung rechnet - laut "Spiegel" - für 2016 schon jetzt mit einer Million neuer Flüchtlinge allein aus der Türkei. Die Kanzlerin will offenbar ihre Politik der unlimitierten Zuwanderung fortsetzen, obwohl sich die Solidarität der übrigen EU-Länder in engen Grenzen hält. Der frühere Verfassungsrichter Udo di

Fabio hat in einem Rechtsgutachten für den Freistaat Bayern festgestellt, dass der Bund aus verfassungsrechtlichen Gründen verpflichtet sei, wirksame Kontrollen der Bundesgrenzen wieder aufzunehmen. Weiter heißt es: "Das Grundgesetz garantiert nicht den Schutz aller Menschen weltweit durch faktische oder rechtliche Einreiseerlaubnis."

#### Die Rechnung

Es bedarf keiner prophetischen Oualitäten, um für Deutschland ein äußerst turbulentes Jahr 2016 zu prognostizieren. Die lediglich vertagte Euro-Krise kann jederzeit in kritischer Größenordnung wieder aufflammen. Viel stärker rumort jedoch die de facto ungelöste Flüchtlings-Problematik im öffentlichen Bewusstsein, die das Land vor völlig neue Herausforderungen auf den Feldern der Sozialpolitik, Integration und - leider auch - der Kriminalität stellen dürfte. Weitgehend verdrängt wird derzeit von der Politik noch die Kostenfrage, Der CDU-Bundestagsabgeordnete Hans Michelbach schätzt den Anteil der in den Arbeitsmarkt integrierbaren Migranten in den nächsten drei Jahren auf "maximal 10%". Folglich werden 90% der Flüchtlinge die Sozialsysteme belasten. Spätestens nach den Bundestagswahlen 2017 dürfte den Deutschen die Rechnung in Form erheblicher Erhöhungen bei Steuern und Sozialabgaben präsentiert werden.

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

#### Vertrauenskrise

Die neue Migrations-Politik nimmt

allmählich kafkaeske Züge an. Wirksame Krisenbewältigung ist nicht erkennbar. Stattdessen waltet hektischer Aktionismus mit dem untauglichen Versuch, das bei den Bürgern verlorene Vertrauen zurückzugewinnen. Die Bundeskanzlerin beschwört mantramäßig ihre faktisch längst widerlegte Hoffnung, das Jahrhundertproblem in den Herkunftsländern und in europäischer Solidarität lösen zu können. Am 31. Januar hat sie die EU aufgefordert, eine Million Syrer aufzunehmen. Am selben Tag wurde bekannt, dass von den laut EU-Beschluss umzuverteilenden 160.000 Asylbewerbern aus Griechenland und Italien bisher 414 Menschen von anderen EU-Staaten aufgenommen worden sind. 15 der insgesamt 28 Mitgliedsländer haben sich geweigert, auch nur einen einzigen Asylbewerber aufzunehmen. Die Bürger erahnen allmählich, welch tiefgreifende Veränderungen auf sie zukommen. Die Entstehung rechtsfreier Räume wirkt wie ein bedrohliches Fanal für künftige Kontrollverluste und fortschreitendes Staatsversagen. Die "Wirtschaftswoche" kommentiert: "Der Bund bricht laufend Grenzgesetze, in Köln wird Massenkriminalität ignoriert und in Kiel kapituliert die Polizei vor kleinkriminellen Migranten." Der bayrische Ministerpräsident wirft der Bundeskanzlerin eine "Herrschaft des Unrechts" vor. Der saarländische Innenminister (CDU) sieht den sozialen Frieden in Gefahr und warnt vor inneren Unruhen. Und der CDU-Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Willsch fordert dazu auf, "den tagtäglich tausendfach stattfindenden Verfassungsbruch an den deutschen Grenzen nicht länger hinzunehmen". Man müsse "diesen Wahnsinn" jetzt beenden. Polizeibehörden wird von der Politik ein Maulkorb verpasst. So soll in NRW nur noch dann über Gewaltkriminalität in und um Flüchtlingsheime berichtet werden, wenn diese von Rechtsradikalen ausgeht. Und viele Medien halten es für sinnvoll und moralisch geboten, bei Berichten über Gewalttaten den Migrantenstatus von Tätern zu unterschlagen. Redaktionelle Zensur wird gerechtfertigt mit der Sorge, dass die Wahrheit rechten Parteien Wähler zutreibe. So gerät die Pressefreiheit unter die Räder. Die Migrationspolitik hat eine tiefe Krise der Rechtsstaatlichkeit und des Vertrauens ausgelöst. Die Folgen für die politische Kultur in diesem Land sind unabsehbar.

#### "Notstand"

Die "Welt" kommentiert die neue deutsche Migrationspolitik so: "Mit ihrer Politik der offenen Grenzen ohne Obergrenze geht die Kanzlerin in Europa einen deutschen Sonderweg. Während sie sich hierzulande für das .freundliche Gesicht' der Bundesrepublik feiern lässt, schütteln die Staatenlenker in Rom, Paris, London, Warschau, Wien, Budapest und Zagreb die Köpfe. Nur Schweden hat bisher eine ähnlich großzügige Flüchtlingspolitik betrieben wie Berlin heute. Aber auch in Stockholm hat man inzwischen die Reißleine gezogen." Das Blatt kritisiert, dass die Bundesregierung sehenden Auges in diesen Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich "Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Notstand gerasselt sei: "Immer wieder haben Sicherheitsbehörden, deutsche Botschaften und hohe Beamte die Kanzlerin und den Innenminister gewarnt – vergebens. Notwendige Maßnahmen wurden nicht umgesetzt, aus politischen Gründen ignoriert oder schlicht verschlampt. Die Geschichte der Flüchtlingskrise ist vor allem die Geschichte eines Staatsversagens."

#### "Multi-Kulti-Brille"

Die FAZ befasst sich mit der Rolle der Medien: "Hier offenbart sich eine Mentalität, die journalistischen Prinzipien wiederspricht: Es wird nicht um Sachverhalte gestritten, sondern um politische Deutungshoheit. Auch wenn man dabei zu elementaren Fakten in Widerspruch gerät. Das Denkmuster lautet: 'Flüchtlinge' werden nur erwähnt, wenn sie zur idealistischen Figur im Kampf gegen Rechtsextreme taugen. Das aber ist eine politische Perspektive, keine journalistische. Für diese Haltung in Fernsehredaktionen gibt es nun eine kalte Dusche." Und der "Focus" meint: "Zur Wahrheit gehört auch, dass Probleme zu lange totgeschwiegen wurden. Der Blick durch die rosarote Multi-Kulti-Brille erlaubte nicht, klar zu benennen, wenn Zuwanderer Straftaten begingen und sich Parallelgesellschaften entwickelten. Wer hier den Finger in die Wunde legte, fand sich schnell in der rechten Ecke wieder. Aus Furcht vor dem Vorwurf der Diskriminierung entwickelte sich ein Schweigekartell, das das Land in Teilen fesselte und erheblich zu der wachsenden Skepsis beitrug, ob die Verantwortlichen die wahren Verhältnisse überhaupt zur Kenntnis nehmen. Und tatsächlich zeigt das Diktat der politischen Korrektheit noch immer Wirkung." Da wirkt es wie eine Realsatire, dass politisch offenbar äußerst korrekte Sprachwissenschaftler den Begriff "Gutmensch" zum "Unwort des Jahres 2015" ausgerufen haben.

#### "Stimmungsmache"

Und die "Welt" merkt an: "Es ist nicht Aufgabe des Journalisten, dem Zuschauer mitzuteilen, wie er die Welt zu sehen hat. Wer in Deutschland anders spricht, als es die veröffentlichte Meinung erwartet, wird mit der Nazi-Keule zum Schweigen gebracht. Wenn aber Zuschauer in der Berichterstattung nichts mehr von dem wiederfinden, was sie täglich erleben, wird das Spiel mit den Emotionen gefährlich. Die Bürger werden misstrauisch, sie wenden sich ab, weil sie glauben, dass Politiker und Journalisten Meinungen erzeugen und Stimmung manipulieren wollen." Gerade die öffentlich-rechtlichen Medien verlieren ihre Legitimation, wenn sie ihre Glaubwürdigkeit durch belehrende Betroffenheits-Rituale und mehr oder weniger subtilen Bekenntnis-Journalismus aufs Spiel setzen.

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

#### Gespenstisch

Von fortgeschrittenem Realitätsverlust geprägt war der Ende Februar erfolgte Auftritt der Bundeskanzlerin in der Polit-Talk-Show "Anne Will". Wie eine tibetanische Gebetsmühle wiederholte sie ihre seit Monaten vorgetragene "Strategie", die Flüchtlingskrise in europäischer Solidarität und in den Herkunftsländern lösen zu wollen. Das Festhalten an einer offenkundig gescheiterten Politik, die nur noch auf das Prinzip Hoffnung setzt, lässt Schlimmes befürchten. Mehr als bedenklich stimmt auch die Tatsache, dass Angela Merkel geradezu damit kokettierte, keinen "Plan B" zu haben. Und es grenzte an politischen Rabulismus, als sie die derzeit rückläufigen Migrantenzahlen als Ergebnis ihrer weitsichtigen Politik zu verkaufen suchte. Kein Wort darüber, dass dieser Rückgang ausschließlich auf die Grenzschließungen und österreichischen Tageskontingente zurückzuführen sind, die ja bisher von der Bundesregierung strikt abgelehnt werden. Laut Umfrage meinen 81% der Bundesbürger, dass die Regierung die Lage nicht mehr im Griff habe. Vor diesem Hintergrund wirkte die mit dem "humanitären Imperativ" veredelte Mischung von Vernebelung, Beschwichtigung und Zweckoptimismus geradezu gespenstisch. Die "FAZ" bezeichnet dies als Haltung, "die Kritik an konkreten politischen Schritten und den Hinweis auf negative Folgen mit einer Moralpredigt abfertigt, die in dem Statement gipfelt, dass sie die ,ureigensten Interessen Deutschlands' vertrete und der Glaube Berge versetzen könne".

#### Folgekosten

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge rechnet mit einem zunehmenden Rückstand bei der Bearbeitung von Asylanträgen. Möglicherweise hätten bis zu 400.000 Flüchtlinge, die nach Deutschland gekommen seien, noch keinen Antrag gestellt. Dazu kämen 370.000 "Altfälle", über die noch zu entscheiden sei. Die Grenzschutzagentur Frontex geht für 2015 von 1,8 Mio. irregulären Einreisen in den Schengen-Raum aus. Der Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen schätzt die Belastungen für den deutschen Steuerzahler auf 450.000 EUR pro zu integrierenden Flüchtling. Legt man nur die für 2015 gemeldeten rund 1,2 Mio. Einwanderer zugrunde, so resultieren allein daraus langfristig Kosten in Höhe von 540 Mrd. FUR. Der SPD-Vorsitzende prognostiziert "Kosten wie bei der Wiedervereinigung". Es drohe ein unschönes Ende mit massiven Schuldenbergen und Steuererhöhungen.

#### Gesinnungsethik

Prof. Hans-Werner Sinn hat kürzlich die Auswirkungen und Risiken der "neuen Völkerwanderung" untersucht. Angesichts des Bildungsniveaus der meisten Migranten sieht er erhebliche Schwierigkeiten bei der Integration in den Arbeitsmarkt. Die Einwanderer würden auf Sicht überdurchschnittlich von Sozialleistungen profitieren aber nur unterdurchschnittlich in die Sozialkassen einzahlen. Sinn führte weiter aus: "Das Willkommenssignal in die weite Welt zu senden, war ein schwerer politischer Fehler. Dass die Kanzlerin sagt, sie könne die Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich "Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



lionen EUR haben die Euro-Zone

Grenzen nicht kontrollieren, hat mich verwundert. Das deutsche Staatsgebiet zu schützen, darauf hat sie einen Eid geleistet." Der ifo-Chef verwies auf Max Webers Unterscheidung zwischen Gesinnungsethik und Verantwortungsethik. Der "Spiegel" hält die humanitäre Flüchtlingspolitik für gescheitert und konstatiert bei der Bundeskanzlerin einen unauffälligen Kurswechsel: "Nun zeichnet sich eine neue Arbeitsteilung ab: Wir sind für den Humanismus zuständig, die anderen für die Härte. Es ist zynisch: Merkel kann sich Gesinnungsethik erlauben, weil Viktor Orban das Grobe erledigt."

#### Irrwege

Es mehren sich die Anzeichen für ein Wiederaufflammen der Euro-Krise. Dazu trägt die Erkenntnis bei, dass vor allem die überschuldeten Südländer ihre Hausaufgaben bei Einsparungen und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit völlig unzulänglich gemacht haben. Mit Blick auf die niedrige Inflationsrate in Europa tut die EZB alles, um die Geldpolitik weiter zu lockern. Die "Welt" kommentiert das absurde Geschehen so: "Längst fährt die EZB einen Kurs, der hoch riskant ist und überdies die Verwerfungen an den Märkten nicht beseitigt. Weder die Negativzinspolitik noch das seit einem Jahr laufende Aufkaufprogramm für Staatsanleihen im geplanten Umfang von 1,5 Bilauf einen stabilen Wachstumspfad zurückgebracht. Die unorthodoxe Zinspolitik der EZB kommt hoch verschuldeten Staaten entgegen, weil diese nun weniger für ihren Schuldendienst leisten müssen. Banken leiden dagegen unter den negativen Einlagezinsen der Zentralbank. Die Investitionen in die Realwirtschaft hat die ultralockere Geldpolitik trotzdem nicht ankurbeln können. Stattdessen kletterten übertrieben schnell Aktienkurse und Immobilienpreise – und in den meisten Euro-Ländern auch die Staatsverschuldung. Während Schuldner durch die EZB-Politik belohnt werden, stellt diese Zinspolitik für Sparer eine kalte Enteignung dar." Und der Kommentar unter der Überschrift "Voodoo-Ökonomie" schließt mit folgender Perspektive: "In Europa setzt man darauf, die Schuldenprobleme mit immer billigerem Geld zu lösen. Und wieder sind die Zinsen gemessen am Risiko viel zu niedrig und die Schuldner nicht unbedingt solvent. Je weiter man diesen Irrweg geht, desto teurer wird es am Ende werden. Das Perfide ist, dass für den Schaden dann alle Mitglieder aufkommen müssen. Denn der Euro ist eine Haftungsgemeinschaft, wie die EZB inzwischen freimütig zugibt. Dabei hatte man in den EU-Verträgen ursprünglich das Gegenteil vereinbart."

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

#### "Am Ende ins Unglück"

Die Deutsche Bundesbank scheint sich (endlich) entschlossen zu haben, trotz ihrer begrenzten Möglichkeiten der zumindest aus deutscher Sicht unverantwortlichen Geldpolitik der EZB stärker entgegenzutreten. Das Fass der Zumutbarkeit zum Überlaufen gebracht haben offenbar die jüngsten EZB-Ratsbeschlüsse, die den Schlüsselsatz zur Geldversorgung der Banken erstmals auf 0.0 % gesenkt, den monatlichen Umfang der umstrittenen Anleihekäufe erweitert und den Strafzins für Banken erhöht haben. Bundesbank-Chef Weidmann war auf dieser Sitzung bekanntlich infolge des dubiosen Rotationsprinzips im Teilnehmerkreis nicht stimmberechtigt. Er äußerte postwendend Zweifel an der ultralockeren Geldpolitik und warnte vor zunehmenden Risiken in Form von Blasenbildungen an den Finanzund Immobilienmärkten. Die Gefahr steige, dass die Anreize für solides Haushalten in Europa untergraben würden und die EZB von der Politik vereinnahmt werde. Und der Bundesfinanzminister erklärte in erstaunlichem Klartext, der Weg des zu leichten Geldes führe "am Ende ins Unglück". Jetzt müssten nur noch Taten folgen.

#### Überfällige Initiative

Der CSU-Abgeordnete Michelbach bringt seine Kritik so auf den Punkt: "Mit ihren Anleiheaufkäufen füttert die EZB Börsenzocker und Reformverweigerer. Dafür müssen Sparer und verantwortungsvolle Bürger, die private Vorsorge betreiben, mit Eigentumseinbußen zahlen. Was die EZB hier

treibt, ist nicht nur zutiefst unsozial, es verfehlt auch immer stärker erkennbar die selbst gesetzten Ziele." Auch der Chefvolkswirt der Commerzbank kommt zu einer äußerst negativen Bewertung der bisherigen EZB-Geldpolitik: "Die fehlende Lenkungsfunktion des Zinses, das Risiko von Immobilienblasen, Reformstau, Interventionsspiralen, Probleme bei der Altersvorsorge – die Niedrigzinspolitik der EZB schadet weit mehr als sie nutzt. Und wenn sie Nutzen stiftet, dann vor allem für die hoch verschuldeten Länder im Süden der Währungsunion." Der Verband der Familienunternehmen kritisiert, dass die EZB spätestens seit Ankündigung des OMT-Programms nicht mehr im Rahmen ihres Mandates und der europäischen Verträge agiere. Der Verband fordert: "Die Initiative gegen die fehlgeleitete Geldpolitik außerhalb der EU-Verträge muss von Deutschland ausgehen - die Reformverweigerer im Euro-Raum ruhen sich auf ihrer Mehrheit aus und wollen endlos Geld ohne Zinsen "

#### Zu Lasten der Steuerzahler

Akuten Handlungsbedarf sieht auch ifo-Chef Hans-Werner Sinn: "Es geht nicht an, dass die EZB-Politik nun schon seit Jahren in Widerspruch zu den Meinungen der Bundesbank steht und die Bundesregierung als Vertreterin des größten Landes der Euro-Zone dem tatenlos zusieht. Wenn Regeln nicht funktionieren, muss man sie ändern." Daher solle die Bundesregierung eine Neufassung des rechtlichen Rahmens für die EZB verlangen. Sinn empfiehlt die Anpassung der Stimmrechte

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich "Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



an die Haftungsanteile, die jährliche Gold-Tilgung der Target-Salden und die Einführung einer Sperrminorität im EZB-Rat für Maßnahmen, die zu einer Umverteilung von Vermögen zwischen den Euro-Staaten führen können. Der Ökonom weiter: "Die EZB hat ihre Unabhängigkeit missbraucht und sich quasi-diktatorische Vollmachten herausgenommen. Sie hat sich zu einer Bail-out-Maschinerie zu Lasten der Steuerzahler der noch gesunden Länder der Euro-Zone entwickelt, die weit über ihr Mandat und das international Übliche hinausgeht." Und Wolfgang Gerke, Präsident des Bayerischen Finanzzentrums, warnt: "Das Versagen der Politik bezahlt jetzt der Sparer. Die betriebliche Altersvorsorge droht zu scheitern und die manipulierten Märkte stehen vor der nächsten Finanzkrise."

#### "In der Sackgasse"

Auch der Deutsche Sparkassenund Giroverband lehnt die EZB-Politik des billigen Geldes als "völlig wirkungslos und gefährlich" ab. Die EZB habe kein Mandat, Staaten zu finanzieren, Strukturen zu verändern oder Menschen ihre Altersversorgung zu nehmen. Wenn jetzt sogar laut über Helikopter-Geld, also über Geldgeschenke an Jedermann, nachgedacht werde, dann werde das Vertrauen in die Solidität der Währung zerstört. Der Verband weiter: "Wenn man in der Sackgasse steckt, ist es Zeit umzudrehen und nicht die Geschwindigkeit weiter zu erhöhen." Die Sparkassen hatten bereits davor gewarnt, dass infolge der Niedrigzinsen das Renteneintrittsalter auf 70 Jahre steigen könne.

#### **Gedruckte Freiheit**

Das ifo-Institut hat sich gegen die Abschaffung der 500-Euro-Scheine, gegen eine Obergrenze für Barzahlungen und gegen Negativzinsen ausgesprochen. Prof. Sinn warnt: "Die EZB will den Banken die Möglichkeit nehmen, Bargeld zu horten, um sie zu zwingen, negative Einlagezinsen zu zahlen. Gelingt das, werden vermutlich auch Sparer irgendwann Strafzinsen zahlen müssen." Mit Abschaffung des 500-Euro-Scheins werde es für die Banken teurer, Geldscheine zu horten. Damit könnte die EZB höhere Negativzinsen für eingelagertes Bargeld kassieren. Sinn weiter: "Wenn dadurch das gesamte Zinsspektrum nach unten rutscht, verliert Deutschland, der zweitgrößte Gläubiger der Welt, iährlich weitere 8 Mrd. Euro Einnahmen." Außerdem: Durch Einschränkungen der Bargeld-Nutzung würde sich die staatliche Überwachung ausweiten und die Gefahr des Machtmissbrauchs erhöhen. Offensichtlich erscheint Bargeld, die "gedruckte Freiheit", vielen Polit-Akteuren nicht als schützenswert. Die finanzielle Repression nimmt ihren Lauf.

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

#### Scheindebatten

Zur wirtschaftlichen Abhängigkeit der meisten Parlamentarier von ihrem Mandat, stellt Gauweiler fest: "Das ist eine Systemfrage und geht im Grunde zurück auf eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in den Siebzigerjahren, wo aus dem freien parlamentarischen Mandat des Grundgesetzes ein abhängiger Brotberuf gemacht wurde. Ab da verstärkte sich eine paradoxe Entwicklung: Die Abgeordneten lie-Ben sich nur zu gern und immer zeitaufwendiger einspannen, sind eigentlich permanent unterwegs - haben aber immer weniger zu sagen. Einzeln und nunmehr auch im Kollektiv. Die weichenstellenden Entscheidungen werden anderswo getroffen. Beispiele sind aktuell die Masseneinwanderung oder die sogenannte Euro-Rettung." Und zur Aushöhlung der Legislativ-Funktion heißt es: "Die Abgeordneten debattieren ohne Ende – aber immer erst dann, wenn andere längst entschieden haben. Dass sich der Bund über das Aufenthaltsgesetz, das Grenzübertritte ohne Papiere verbietet, hinwegsetzen darf und über das Grundgesetz auch, das kein Asyl für Menschen vorsieht, die schon innerhalb der EU sind, hat der Bundestag nie beschlossen."

### Unabhängige Abgeordnete?

Eine desillusionierende und teilweise besorgniserregende Bilanz seiner parlamentarischen Arbeit zieht der CSU-Politiker Peter Gauweiler in einem bemerkenswerten Interview. Der als überzeugter Freigeist bekannte Jurist, der 2015 aus Protest gegen die Euro-Rettungspolitik den stellvertretenden CSU-Parteivorsitz und sein langjähriges Bundestagsmandat niedergelegt hat, übt heftige Kritik an den Volksparteien: "Mittlerweile scheinen sie in einer Art Erfolgsdepression gefangen zu sein. Anfällig für Aberglauben jeder Art, mit einer politischen Sprache, die zerfressen ist von geheucheltem Mitleid und Schönfärberei. Und ohne iede Fantasie für die Zukunft. Es ist ein bisschen wie mit dem französischen Adel vor der Revolution von 1789." Und zum Selbstverständnis der Abgeordneten merkt er an: "Wo die eigene Meinung nur im Verborgenen gesagt wird, verkümmert die Demokratie. Die parlamentarische Politik - Politik als Richtungsbestimmung – ist dann keine öffentliche Sache mehr. Parlamentarier sind keine Parlamentsangestellten, die sich auch nicht so behandeln lassen dürfen. Heute werden die Mitglieder des Deutschen Bundestags täglich mit ihrer Abhängigkeit von den Fraktionsapparaten, dem Machtgefüge ihrer Parteien und der Regierung konfrontiert. Das wird immer peinlicher, vor allem wenn die Rettung nur in einem hemmungslosen Nach-dem-Munde-Reden oder Schweigen gesucht wird. Das ist eine Überlebensstrategie, die zu schweren Schäden an Leib und Seele führt."

#### Geduldete Entmündigung

Auch Artikel 125 des Lissabon-Vertrags, der die Haftung für fremde Staatsschulden verbietet, sei über Nacht und ohne das Parlament gekippt worden. Den Abgeordneten sei ihre faktische Entmündigung durchaus bewusst: Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich "Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



"Aber es gibt da eine Überlebensstrategie: mit den Wölfen heulen, mit den Wölfen schweigen. Verstummen ist die einfachste Form der Zustimmung. Mehr als die Hälfte unserer Parlamentarier ist von Parteilisten bestimmt. Das sind Namen, die das Volk nie zur Zustimmung oder Ablehnung vorgelegt bekam. Bei den Bundestagswahlen stehen für jeden Parteivorschlag nur die ersten fünf Kandidaten auf dem Zettel, und selbst in dieser, Spitzengruppe' können Sie niemanden streichen, wie es bei einer Kommunalwahl selbstverständlich ist."

#### Kollektivierung als Prinzip

Diese Entwicklung führt – nach Einschätzung des CSU-Urgesteins - zu einem "kulissenhaften" Parlamentarismus in Deutschland: "Das Wahlrecht entwickelt sich immer mehr weg vom Mandatsträger zum Mandatskollektiv, das ja viel leichter zu steuern ist. Es gibt unter den westlichen Parlamenten keine andere Volksvertretung, wo die einzelnen Parlamentarier so kollektiviert sind wie in Deutschland. Man leistet sich ein paar Außenseiter vom Dienst, aber vorherrschend ist das Leben in der Angst des Herrn oder der Herrin. Unvorstellbar, dass sich ein amerikanischer Senator von der Nummer eins im Weißen Haus oder auch nur von seiner Fraktionsführung solche Vorschriften machen ließe, wie das im deutschen Parlamentsbetrieb zum Tagesgeschäft gehört."

#### Die Rolle des Staates

Die Berufung der Bundeskanzlerin auf humanitäre Beweggründe der Grenzöffnung für Migranten kommentiert der Jurist so: "Der heilige Martin – ein Beispiel für uns alle und für unsere Kinder hat bekanntlich seinen Mantel geteilt. Aber es war nicht der Mantel anderer Leute. Der Staat als unser aller Hausmeister hat eine andere Aufgabe als wir Einzelnen. Er hat Gesetz, Ordnung und Gerechtigkeit zu verantworten. Verantwortung heißt Antwort geben. Warum sollen in ein und der gleichen Situation das linke Frankreich und das progressivliberale Kanada je nur 30.000 Menschen aufnehmen können. Und warum Deutschland über eine Million? Diese Antwort hat die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Hausmeisterin Angela, ihren Bürgern bis heute nicht gegeben. Und der Bundestag, dem die eigentliche Schlüsselgewalt obliegt, hat weder ja noch nein gesagt. Die einen haben sich parlamentarisch gedrückt, weil sie dieser Hausmeisterin nichts Positives sagen wollten. Die anderen wollten ihre Meinungsverschiedenheiten nicht im Parlament sichtbar machen. Dass in einer solchen Situation die Stunde eigentlich jeder au-Berparlamentarischen Opposition schlägt, ist fast zwingend."

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

#### Die Quittung

Als "Quittung für die Brüsseler Machtherrlichkeit" hat Stefan Aust das Brexit-Votum in einem "Welt"-Kommentar bezeichnet. Der frühere "Spiegel"-Chefredakteur weiter: "Keine Frage, der Brexit ist mehr als die Gelbe Karte für die selbstgerechten Europa-Spieler, ob sie nun in Brüssel sitzen oder in Paris oder Berlin. Ob sie nun aufwachen, wird darüber entscheiden, ob aus dem Ausscheiden des Vereinigten Königreiches aus dem europäischen Bund nun ein allgemeiner Exitus wird, ein Zerbröseln der großartigen Idee durch ihre lausige Umsetzung. Wenn die Regierenden Europas Probleme nicht mehr benennen und wenigstens zu lösen versuchen, sondern sie aussitzen, gepolstert mit dem Geld der Steuerzahler aus Deutschland, England, Frankreich und den Niederlanden, dürfen sie sich über Exit-Strategien nicht wundern. Wenn die Außengrenzen Europas nicht gesichert werden, darf sich niemand beklagen, wenn sich einige Staaten selbst einigeln und etwa die Balkanroute auf eigene Faust schließen. Wenn demonstrativ großartige humane Gesten am Ende zur Kriechtour beim türkischen Autokraten Erdogan verkommen, hat sich die Politik selbst als hohle Geste entlarvt. Vielleicht haben die unberechenbaren Briten den Europäern sogar einen großen historischen Gefallen getan."

#### Trotzdem weiter so?

Der britische Premierminister hat den Ausgang des Referendums auf die Flüchtlingspolitik der EU zurückgeführt. Die Angst vor einer unkontrollierten Masseneinwanderung habe am Ende bei den Wählern den Ausschlag gegeben. Letztlich zielt dieser Vorwurf jenseits der diplomatischen Verbrämung natürlich auf die Welcome-Politik der Bundeskanzlerin. Die EU ist dagegen nicht wirklich an der Ursachenforschung interessiert. Vor allem Juncker und Schulz setzen scheinbar unbekümmert auf ein "Weiter so". Der wachsende Widerstand in der Bevölkerung der Mitgliedsländer gegen weitere Machtverlagerungen nach Brüssel wird schlicht verdrängt. Stattdessen setzt man unverändert auf "Vollendung" und "Vertiefung", also auf forcierte Zentralisierung. Die "Neue Osnabrücker Zeitung" kommentierte das erste Treffen nach dem Brexit so: "Beim EU-Gipfel ist von einer großen Reform, die die EU wirklich verändern, menschennäher und weniger bürokratisch machen könnte, nicht die Rede. Dabei haben die Briten deutlich gemacht, dass sie mit der EU in der jetzigen Form nichts mehr zu tun haben wollen. Das war ein Denkzettel im Namen der europäischen Bürger. Doch die Staatsund Regierungschefs setzen auf den alten Reflex, sprich mehr Integration. Das wird nicht gut gehen. Damit legen die Europäer die Basis für neue Niederlagen etwa bei Referenden in anderen Ländern."

#### Zurück zur Wirtschaftsunion

Der Euro-kritische Buchautor Marc Friedrich weist darauf hin, dass die EU mit Großbritannien den nach Deutschland und Frankreich drittgrößten Nettozahler, etwa 20 % ihrer Wirtschaftskraft, die zweitgrößte Volkswirtschaft, die Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahårungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich "Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



drittgrößte Bevölkerung und das europäische Finanzzentrum London verliere. Außerdem einen seiner wichtigsten Verbündeten und Verfechter einer liberalen Wirtschaftspolitik. Letztlich sei nicht Europa gescheitert, sondern die EU mit ihrer Fassadendemokratie. Friedrich weiter: "Der Brexit ist der Anfang vom Ende der EU und des Euros. Die Zerfallserscheinungen sind nicht mehr zu übersehen. Man kann nur hoffen, dass die Protagonisten den Warnschuss gehört haben und endlich die längst überfälligen und notwendigen Veränderungen durchführen. Wir benötigen keine politische und keine Währungsunion, sondern eine starke Wirtschaftsunion. Europa als Friedensprojekt und Gemeinschaft ist nicht gescheitert - ganz im Gegenteil. Wenn jetzt die richtigen Lehren aus dem Scheitern der EU und den Wünschen der Menschen gezogen werden, kann ein kerngesundes Fundament für die Zukunft aufgebaut werden. Umgekehrt gilt, wenn heute nicht aus der Entscheidung des britischen Volkes die richtigen Konsequenzen gezogen werden und von den Politikern nicht erkannt wird, dass der Euro unseren Wohlstand peu a peu auffrisst und Europa trennt anstatt es zu einen, und dass die irrsinnige Politik der Europäischen Zentralbank sich gegen die Menschen richtet, dann wird die EU, aber auch die europäische Idee. anadenlos scheitern."

#### Die Lehren

Der Ökonom Thomas Mayer empfiehlt, aus dem Brexit folgende Lehren zur Verhinderung von Kettenreaktionen zu ziehen: "Um dies zu vermeiden, müssten die bestehenden EU-Programme auf ihre Bürgerverträglichkeit geprüft werden. Bei der Währungsunion müsste die finanzielle Umverteilung unter Euroländern über Beistandsprogramme und die Politik der Europäischen Zentralbank (EZB) klar begrenzt werden. Bei der Bankenunion müsste der Vergemeinschaftung der Haftung durch eine gemeinsame Einlagenversicherung ein Riegel vorgeschoben werden. Der Fiskalunion durch Steuerharmonisierung und Vergemeinschaftung der Staatsfinanzierung durch die EZB-Ankaufprogramme müsste eine Absage erteilt werden. Und schließlich müsste der Entstehung einer Sozialunion durch Einwanderung in die nationalen Sozialsysteme entgegengetreten werden. All dies wird nicht ohne eine Einhegung des Europäischen Gerichtshofs abgehen, der durch seine integrationsfreundliche Auslegung des Europarechts gewachsene nationale Rechtsnormen aushöhlt. Nationale Parlamente müssen die Herren über die EU-Institutionen bleiben. Diese Institutionen und das Europäische Parlament dürfen sich nicht immer weitere Kompetenzen anmaßen."

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

#### "Zwangswirtschaft"

Die Bundesregierung demonstriert, wie man mit Schulden Geld verdienen kann. Die Minuszinsen auf deutsche Staatsanleihen haben es im ersten Halbjahr ermöglicht, dass der Bund nicht für die Neuverschuldung bezahlen musste. sondern 1,5 Mrd. Euro von den Geldgebern kassiert hat. Die gesamten Zinslasten haben sich in diesem Zeitraum um 27,3 % auf 7 Mrd. verringert. Zurückzuführen ist dieses absurde Geschehen auf die hemmunaslose Geldpolitik der EZB. Feri Investment Research kommentiert diese Entwicklung so: "Wenn jedes Problem, jede Krise und jede Schwäche der Realwirtschaft stets durch .monetäre Heilbäder' der Notenbanken behandelt wird, müssen die Märkte zwangsläufig einen Endzustand von fehlender Risikowahrnehmung und irrationaler Übertreibung ansteuern." Die massiven Eingriffe der Notenbanken hielten die Illusion einer Vollkasko-Welt weiter aufrecht und sorgten für anhaltende finanzielle Aufblähung und monetäre Verwässerung. Die Probleme würden dadurch nicht gelöst, sondern nur durch einen geldpolitischen Schleier überdeckt. Feri prognostiziert: "Dieser Weg pervertiert jedes marktwirtschaftliche Finanzsystem. Er führt letztlich in eine geldpolitische Zwangswirtschaft mit schleichender Entwertung von Papiergeld und anderen, kaum kontrollierbaren Nebenwirkungen."

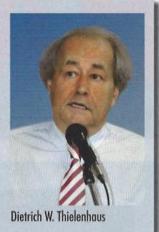
#### **Papiertiger**

Die EU-Kommission entpuppt sich immer mehr als zahnloser Tiger, der zwar für die Kulisse knurrt aber das Beißen verlernt hat. Die Ein-

haltung und Überwachung der Stabilitätsregeln sind zur Farce verkommen. Die zuvor lauthals geforderte Bestrafung der Defizitsünder Spanien und Portugal ist aus politischen Gründen unter den Teppich gekehrt worden. Das Ausbleiben eines Defizitverfahrens gegen unser westliches Nachbarland hat Jean-Claude Juncker mit der ihm eigenen Logik so begründet: "Weil es Frankreich ist." Damit ist die Glaubwürdigkeit des Stabilitätspaktes und der Kommission ad absurdum geführt worden. Die Realitäten sprechen für sich: In 14 der derzeit 19 Euro-Länder liegt die öffentliche Verschuldung über dem Maastricht-Limit von 60 %. Die in Artikel 125 fixierte Nichtbeistands-Klausel steht nur noch auf dem Papier. Das Verbot der Staatsfinanzierung durch die EZB wird ständig unterlaufen. Ohne die Nullzins-Politik der EZB wären längst einige EU-Schuldenländer in die Pleite gerauscht. Die ultralockere Geldpolitik wird zu weiteren Finanzkrisen neuer Dimension führen und auf Sicht die europäische Idee irreparabel beschädigen.

#### Steuer-Gerechtigkeit

In Vorwahlzeiten beginnt der Wettkampf der Parteien um die Gunst der Bürger. SPD, Grüne und Linke sind aus ritualisierten Gründen der sozialen Gerechtigkeit gegen Steuersenkungen, die allen Gruppierungen gleichermaßen zugutekommen. Auf den linken Parteiflügeln will man eine systematische Umverteilung von oben nach unten. Dabei sollen nicht nur Erhöhungen der Einkommens- und Erbschaftssteuern helfen, sondern auch die Wiedereinführung der Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich "Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Vermögenssteuer, die laut Winfried Kretschmann "auf Kosten unserer Familienbetriebe geht". Hilfreich wäre ein Blick auf die Fakten: Die Steuereinnahmen sind im ersten Halbjahr um 5,6 % auf knapp 317 Mrd. Euro gestiegen. Und das Erbschaftssteuer-Aufkommen hat im genannten Zeitraum um über 20 % auf 3,95 Mrd. Euro zugelegt. Außerdem: Schon heute zahlen die 10 % Spitzenverdiener mit einem Jahresbrutto von über 80.293 Euro 54 % des gesamten Einkommenssteueraufkommens. Dagegen tragen die 50 % Steuerpflichtigen, die maximal 29.309 Euro p.a. verdienen, nur 5,5 % zum Gesamtaufkommen bei.

#### "Größte Bedrohung"

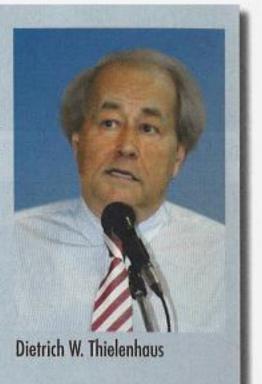
Gleich zwei tragende Säulen der deutschen Volkswirtschaft scheinen 2016 ins Wanken zu geraten. Gemeint sind die Automobilindustrie, die mit noch unabsehbaren Konseguenzen des Abgas-Skandals zu kämpfen hat und die Banken, die plötzlich auf der Liste der bedrohten Arten auftauchen. Vor allem die beiden deutschen Großbanken sind in den Focus öffentlicher Besorgnis gerückt. Dazu hat der aus politischen Gründen abgesoftete EZB-Stresstest beigetragen, der den Kursverfall an den Börsen weiter beschleunigt hat. Seit Ende 2015 ist der Börsenwert der Deutschen Bank von 31 auf aktuell 17 Mrd. Euro abgestürzt. Selbst für Kenner der Materie völlig überraschend kam das Testat des Internationalen Währungsfonds (IWF), das die Deutsche Bank als "riskantestes Kreditinstitut der Welt", also als größte Bedrohung des globalen Finanzsystems eingestuft hat. Nicht nur die strategischen Defizite bei der Neuausrichtung und die Unterkapitalisierung bereiten erhebliche Sorgen, sondern vor allem das extreme Engagement der Bank bei Kreditausfallversicherungen (CDS), die Warren Buffet schon 2003 wegen ihrer fast beliebigen Hebeleffekte als "finanzielle Massenvernichtungswaffen" bezeichnet hatte. Der nominale Bestand der außerbörslichen Derivate hat bei der Deutschen Bank unfassbare 49,6 Billionen Euro erreicht, was mehr als dem 18-fachen des deutschen Bruttoinlandsprodukts entspricht. Diese Größenordnung verschlägt jedem Ökonom die Sprache, selbst wenn das reale Risiko infolge von gegenseitigen Aufhebungseffekten deutlich niedriger liegen dürfte. Das weltweite Derivatvolumen wird derzeit übrigens auf über 630 Billionen US-Dollar geschätzt, Der Schweizer Fachinformationsdienst "Inside Paradeplatz" spricht in dem Zusammenhang von einer wachsenden Zeitbombe, deren Zündschnur immer kürzer werde. Höchste Zeit, diesen brandgefährlichen Wahnsinn endlich zu stoppen.

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

#### **Bewegte Zeiten**

Nach den nicht nur für die CDU verheerenden Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern scharren ganz unterschiedliche Kräfte mit den Hufen, um die Claims im Berliner Kräfte-Parallelogramm neu abzustecken. So versucht der stellvertretende SPD-Vorsitzende Ralf Stegner, der wegen seiner (meist) finsteren Miene als Minister in Kiel von seinen Bediensteten angeblich "Stalin" genannt wurde, den Untergang der Ära Merkel herbeizureden. Und Sigmar Gabriel, dessen Tage als Parteivorsitzender kürzlich noch gezählt schienen, wittert ebenfalls Morgenluft. Dass auch die SPD in Schwerin gewaltig Federn lassen musste, wird dabei bewusst unter den Teppich der öffentlichen Wahrnehmung gekehrt. Der frühere NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers zweifelt mittlerweile am Volkspartei-Status der CDU: "Wer die intellektuelle Hoheit in der Schulden-, Euro- und Flüchtlingskrise verloren hat, muss versuchen, der Wählerschaft programmatisch zu sagen, wo man hin will." Der bayerische Ministerpräsident, der sich seit einem Jahr mit Händen und Füßen gegen die neue Zuwanderungspolitik wehrt, bezeichnet die Lage für die Union als "höchst bedrohlich". Die Menschen fühlten sich nicht mehr mitgenommen, das Vertrauen schwinde rasant und das Land sei zerrissen wie selten. Auch innerhalb der CDU ist die Kritik an der - je nach Lesart - konsequenten oder unbelehrbaren Willkommenspolitik sprunghaft gewachsen. Dabei geht es nicht nur um die Angst vieler Abgeordneter, bei der Bundestagswahl 2017 durch Mandatsverlust abgestraft zu werden, sondern auch um das Gefühl, infolge des anhaltenden Links-Drifts der Partei zunehmend die politische Werte-Basis zu verlieren. Noch aber traut sich niemand, die Palastrevolution gegen die Bundeskanzlerin öffentlich auszurufen. Dies könnte auch einem politischen Selbstmord gleichkommen, weil kein aussichtsreicher Nachfolger am CDU-Horizont erkennbar ist. Diese Tatsache bremst selbst die Strippenzieher ein, die die Amtsinhaberin eigentlich schnellstmöglich als UN-Generalsekretärin nach New York wegloben wollen. Angela Merkel hat "angedroht", erst im Dezember zum CDU-Parteitag erklären zu wollen, ob sie wiederum für eine Kandidatur als Parteivorsitzende (und damit auch als Bundeskanzlerin) antritt. Insider der Berliner Polit-Szenerie schließen allerdings auch nicht aus, dass der linke Parteiflügel der SPD die aktuelle Schwäche der Union nutzen will, um Angela Merkel noch in diesem Jahr durch ein gemeinsames Misstrauensvotum mit den Linken und Grünen aus dem Amt zu entfernen und anschlie-Bend eine neue Dreier-Koalition zu bilden. Dieses "R2G" genannte Projekt soll den lang ersehnten Machtwechsel in der Republik ermöglichen. Bis zur Bundestagswahl 2017 soll die neue Links-Regierung - so die Vermutung dann durch umfangreiche Wahlgeschenke Punkte sammeln und einer ohne Merkel de facto enthaupteten Union keine Chance lassen. So oder so: Deutschland scheint bewegten Zeiten entgegen zu gehen.

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich "Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



#### Die Weisheit der Indianer

Eine alte Weisheit der Dakota-Indianer besagt: "Wenn Du merkst, dass Du ein totes Pferd reitest, dann steig ab." Darüber wurde kürzlich ganztägig im Deutschen Bundestag debattiert. Die Bundeskanzlerin hob in einer Regierungserklärung hervor, eigentlich sei kein Pferd so sehr tot, dass man es gar nicht mehr reiten könne. Alternativlos seien vielmehr Maßnahmen zur Motivation und Zertifizierung toter Pferde. Angela Merkel weiter: "Wir schaffen das." Der SPD-Vorsitzende forderte aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit eine Entschärfung der Kriterien, ab wann ein Pferd als tot zu gelten habe. Im Sinne übergreifender Solidarität könne man auch mehrere tote Pferde nebeneinander anspannen, um die durchschnittliche Gesamtleistung zu erhöhen und eventuelle Einzelschwächen sozialverträglich auszugleichen. Claudia Roth bekundete für die Grünen ihre tiefe menschliche Betroffenheit darüber, dass Pferde überhaupt sterben können. Moralisch geboten sei jetzt die unverzügliche Verabschiedung von Gesetzen zur vorbeugenden sozialen Integration. Gregor Gysi führte den Exitus das Pferdes auf die globale Ungleichheit der Lebens- und Arbeitsbedingungen für Reit- und Zugtiere zurück. Hier zeige der Kapitalismus wieder einmal sein wahres Gesicht. Der bayerische Ministerpräsident empfahl den Einsatz längerer Peitschen zur effektiveren Nutzung toter Pferde.

Und Bundestagspräsident Norbert Lammert rief zur überparteilichen Reflexion auf. Gut sei, dass man darüber debattiert habe. Das beweise erneut die immanenten Stärken des Parlamentarismus. Darüber hinaus regte er die Bildung eines Untersuchungsausschusses an, der prüfen solle, wie in anderen Ländern tote Pferde geritten werden. Denkbar sei, diese Praxis im Rahmen einer EU-Initiative zum Normalzustand zu erklären. Anschließend unterzeichnete Lammert einen entsprechenden öffentlichen Appell mit seinem neuen Montblanc-Füllfederhalter. Au-Berparlamentarische Wortmeldungen wurden postwendend nachgereicht. Der FDP-Vorsitzende erklärte, es sei ein Gebot der Leistungsorientierung, nur noch qualifiziertes Fachpersonal mit "Seepferdchen"-Nachweis für den Beritt toter Pferde zuzulassen. Für die AfD erfolgten gleich zwei Statements der beiden Vorsitzenden. Frauke Petry forderte ein überzeugendes nationales Konzept, das nicht durch die Mitwirkung von EU-Bürokraten und Schuldenländern verwässert werden dürfe. Und Jörg Meuthen kündigte an, nach einem Wahlsieg dafür sorgen zu wollen, dass Migranten das Reiten toter Pferde erst nach fünfjähriger Bewährungsfrist erlaubt werde.

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

## Voodoo-Ökonomie

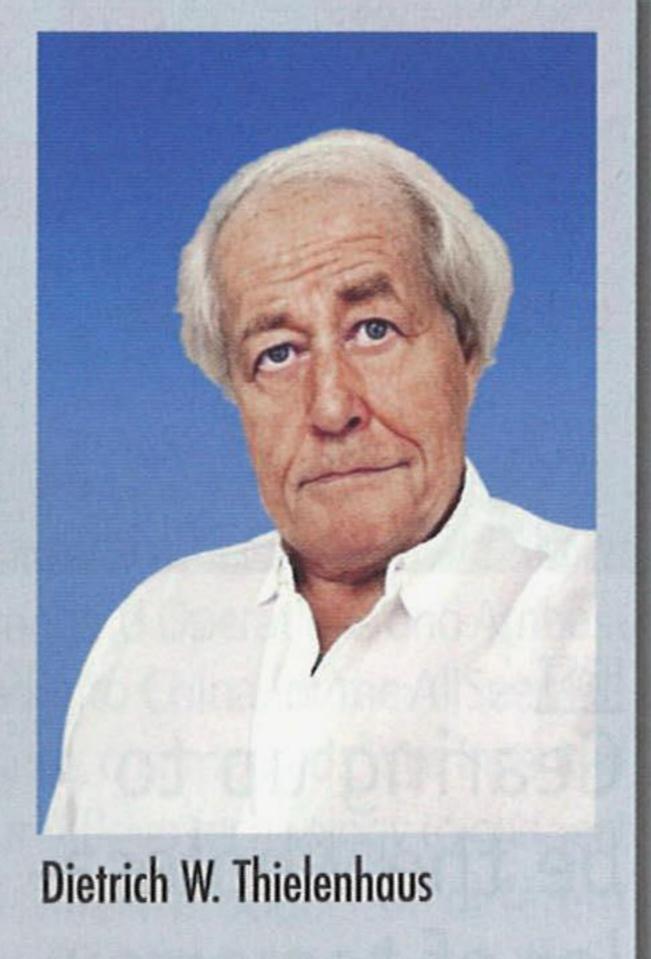
Die Schuldenmacherei ist – wie eine Droge – zum größten Wirtschaftsproblem der Welt geworden. Die weltweite Verschuldung liegt mittlerweile beim dreifachen des globalen Bruttoinlandsprodukts. Erschreckend ist die beispiellose Dynamik dieser gefährlichen Entwicklung. So ist die Weltverschuldung seit der Finanzkrise 2008 um etwa 60 Billionen auf aktuell 230 Billionen US-Dollar explodiert. Präsident Obama wird die seit der 1776 erfolgten Gründung der USA bis zu seinem Amtsantritt aufgelaufene Staatsverschuldung am Ende seiner Amtszeit mit 20 Billionen US-Dollar glatt verdoppelt haben. Die außerstaatliche Verschuldung hat in den USA fast 50 Billionen US-Dollar erreicht. China befindet sich nach Einschätzung der Bank für Internationalen Finanzausgleich (BIZ) in einer kritischen Finanzblase. Die japanische Staatsverschuldung hat das 2,5-fache des BIP übertroffen. Und von den Mitgliedern der Euro-Zone erfüllt kaum noch ein Land die Stabilitätskriterien von Maastricht. Auch die als finanzpolitischer Musterknabe auftretende Bundesrepublik verstößt seit Jahren ebenso massiv wie ungeniert gegen die 1992 als zwingend vereinbarte Auflage, die Staatsverschuldung unter 60 % des BIP zu halten. Ermöglicht wird dieser geldpolitische Wahnsinn bekanntlich durch die Notenbanken, die die Märkte mit immer grö-Beren Finanzspritzen fluten, als gäbe es kein Morgen. Sie kaufen Schulden von Staaten und Unternehmen auf und drücken die Kreditzinsen, was den Finanzministern die beschleunigte Neuver-

schuldung erleichtert und den Regierungen erspart, endlich überfällige Sparmaßnahmen und (naturgemäß unpopuläre) Strukturreformen anzugehen. Ökonomen streiten zunehmend darüber, ob dieser Zug der Lemminge überhaupt noch zu stoppen ist. Ein nachhaltiger Kurswechsel bei der Zinspolitik würde wohl weltweit schwerwiegende Verwerfungen und unkalkulierbare Kettenreaktionen auslösen. Daher nimmt die Wahrscheinlichkeit zu, dass die Zentralbanken ihre verhängnisvolle Politik des billigen Fiat-Geldes fortsetzen werden. Der Tanz auf der Titanic geht also weiter. Die Geschichte zeigt, dass das Problem explodierter Staatsschulden letztlich nur durch Inflationierung oder durch Ausbuchung im Zuge von Währungsreformen zu lösen ist. Es liegt auf der Hand, dass am Ende irgendjemand für das unverantwortliche Experiment der wundersamen Geldvermehrung per Notenpresse bluten muss. Letztlich werden Anleger und Sparer die (unbestellte) Zeche bezahlen müssen.

## Crash-Gefahr

Oswald Grübel, der ehemalige Vorstandschef von Credit Suisse und UBS, warnt vor einem "gewaltigen Crash an den weltweiten Finanzmärkten" infolge der Niedrigzinspolitik der Notenbanken. Der Zusammenbruch dieser Politik werde kommen, weil Nullzinsen wirtschaftlich keinen Sinn ergäben. Irgendwann würde die Bevölkerung das Vertrauen in Währungen und Zentralbanken verlieren. Als Folge würden die Zinsen rasant steigen. Professionelle Investoren würden dann ihre Anlei-

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich "Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



hen auf den Markt werfen aber keine Abnehmer mehr finden, weil die Banken als Käufer ausfielen. Der "Ramschanleihemarkt" werde die Investoren in ein Jammertal führen, aus dem keiner mehr herauskomme. Der Top-Banker weiter: "Eigentlich funktionieren nur noch Märkte, die nicht von Zentralbanken manipuliert werden, also etwa die Rohstoff- und Aktienmärkte." Selbst hier sind aus Sicht des Chronisten Zweifel angebracht.

## Zentrale Schwachstelle

Beim neuesten Vergleich der internationalen Wettbewerbsfähigkeit durch das Weltwirtschaftsforum WEF liegt Deutschland auf Rang 5. Der "Global Competitiveness Report" untersucht 138 Länder anhand von über 100 Indikatoren aus zwölf Kategorien. Verbesserungen gegenüber dem Vorjahr gab es bei der Innovationsstärke und der technologischen Entwicklung. Als Verschlechterungen der Wettbewerbsfähigkeit wurden Mängel bei der Infrastruktur, den institutionellen Rahmenbedingungen, der Bürokratie und dem Arbeitsmarkt identifiziert. Als zentrale deutsche Schwachstelle macht die Studie die Höhe der Steuern aus. Hier ist Deutschland auf den unrühmlichen 104. Platz abgerutscht, was den parteipolitischen Befürwortern von Steuererhöhungen zu denken geben sollte. Die Schweiz rangiert

übrigens seit acht Jahren auf Rang 1, gefolgt von Singapur, den USA und den Niederlanden.

## Taube Ohren

Ein insgesamt ordentliches Herbstzeugnis haben die führenden Forschungsinstitute der deutschen Wirtschaft ausgestellt. Die Wachstumsprognose für das laufende Jahr ist von 1,6 % auf 1,9 % angehoben worden. Der Arbeitsmarkt sei nach wie vor in einer guten Verfassung und trage den privaten Konsum. Auch der öffentliche Aufwand für die Integration von Flüchtlingen trage dazu bei, dass die Binnenkonjunktur au-Berordentlich gut dastehe. Für 2017 rechnet man mit einem BIP-Zuwachs von 1,4 % und einer weiterhin relativ niedrigen Arbeitslosigkeit. Das ifo-Beschäftigungsbarometer ist im September zum dritten Mal in Folge gestiegen. Nahezu alle Branchen suchen offenbar Mitarbeiter. Die führenden deutschen Wirtschaftsforscher appellieren an die EZB, ihre gesamte Geldpolitik nicht noch weiter zu lockern. Die Zentralbanker sollten nicht bereits jetzt eine Fortsetzung oder Ausweitung der Anleihekäufe über März 2017 hinaus ankündigen. Außerdem warnen auch die fünf Institute vor den zunehmenden Risiken der anhaltend niedrigen Zinsen, was bei dem diesbezüglich beratungsresistenten EZB-Chef allerdings auf taube Ohren stoßen dürfte.

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

#### Teflon-Strategie

Die fünf Wirtschaftsweisen haben die Reformverweigerung der Bundesregierung und die Flutung der Finanzmärkte durch die EZB beanstandet. Die Sachverständigen im Klartext: "Statt sich auf den Erfolgen früherer Reformen wie der Agenda 2010 auszuruhen oder sie sogar zu verwässern, sollte die Politik notwendige Reformen entschlossen umsetzen". Hier weise Deutschland für die laufende Legislaturperiode eine enttäuschende Bilanz aus. Das gegenwärtige Wirtschaftswachstum in der Eurozone sei vorrangig auf die außerordentlich expansive Geldpolitik der EZB zurückzuführen. Der Aufschwung sei nicht selbsttragend. Akuten Reformbedarf auf EU-Ebene sehen die Wirtschaftsweisen vor allem in der Stärkung des Subsidiaritätsprinzips. In der Klima-, Asyl- und Sicherheitspolitik sei eine stärkere Integration wünschenswert. Dagegen sollten die Fiskal-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in nationaler Verantwortung bleiben. Die Bundeskanzlerin hat bei der Entgegennahme des Jahresgutachtens in gewohnter Teflon-Logik gekontert: "Für uns ist immer Zeit für Reformen."

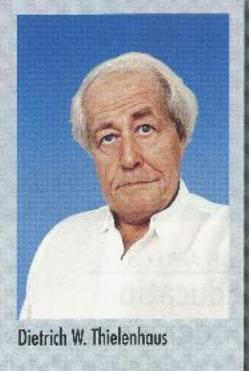
#### Kein Vertrauen

Nicht nur an Stammtischen wird immer häufiger über wachsende Politikverdrossenheit diskutiert, die das Vertrauen in staatliche und politische Institutionen aushöhle sowie die allgemeine Verweigerung oder den Zulauf zu radikalen Parteien fördere. Berufspolitiker neigen dazu, derartige Erscheinungen als ungerecht, undankbar oder populistisch zu emp-

finden. Welch erschreckende Distanz mittlerweile zwischen Regierten und Regierenden besteht, zeigt die kürzlich durchgeführte Umfrage "Generation What?". Danach gaben 71 % der befragten deutschen Jugendlichen an, kein Vertrauen in die Politik zu haben. 27 % bezeichneten ihr Vertrauen als mehr oder weniger stark ausgeprägt. Nur 1 % gab vollständiges Vertrauen in die Politik zu Protokoll. Diese Ergebnisse sollten eigentlich bei Politikern jeglicher Couleur für schlaflose Nächte sorgen. Wenn aus Bürgersicht Skepsis und Ablehnung die politische Wirklichkeit bestimmen, ist Gefahr im Verzug für die Zukunft der parlamentarischen Demokratie. Regierungen, die diese Realitäten leugnen, sollten sich – frei nach Brecht - ein anderes Volk suchen.

#### "Grandios gescheitert"

Wie ein Mahner in der Wüste wirkt oft der frühere ifo-Chef Hans-Werner Sinn. Sachlich begründete Ordnungsrufe wie die Kritik daran, dass der 1996 verabschiedete europäische Stabilitätspakt mittlerweile bereits 165 Mal ohne Sanktionen gebrochen worden ist, verhallen weitgehend resonanzlos auf dem kommunikativ inflationierten Forum der öffentlichen Wahrnehmung. In seinem neuen Buch "Der schwarze Juni" setzt sich Sinn mit den Brexit-Folgen und der Euro-Rettungspolitik auseinander. Das Ausscheiden Großbritanniens werde die interventionistische, protektionistische und auf Transfer setzende Politik der Schuldenländer in der Union stärken. Frankreich könne dann mit den mediterranen Ländern durchDer Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH
(Wuppertal) beruflich nicht nur mit
dem SHK-Bereich, sondern auch mit
zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich "Denk-Anstöße", die über
den Tag hinaus von Bedeutung sein
könnten.



regieren. Letztlich werde Deutschland in eine Transferunion gezwungen. Nur zwei Tage vor der Brexit-Abstimmung habe sich das Bundesverfassungsgericht mit seinem OMT (Outright Monetary Transaction)-Urteil dem Europäischen Gerichtshof unterworfen. Sinn bewertet diese Entscheidung als "Freifahrtschein für eine Politik der Vergemeinschaftung der Haftung für Staatsschulden". Nutznießer dieser Politik seien vor allem die kriselnden Südländer. Der Brexit und des BVerfG-Urteil verkörperten Entscheidungen "von historischer, ja epochaler Bedeutung" für die Zukunft Deutschlands und Europas. Unter dem Strich sieht der Ökonom Europa in der größten Krise seit dem zweiten Weltkrieg und hält den Euro für "grandios gescheitert".

#### Neue Agenda

Deutschland ist dabei, sein wirtschaftliches Erfolgsmodell zu verspielen. Die Lohnkosten steigen hierzulande seit fünf Jahren schneller als im EU-Schnitt, obwohl die Produktivität stagniert. Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW Köln) hat sich die Produktion in der deutschen Industrie, gemessen an den Lohnstückkosten, allein zwischen 2007 und 2014 um 13 % verteuert. Dabei sind die relativ starken Lohnsteigerungen der Jahre 2015 und 2016 infolge der hohen Tarifabschlüsse nicht einmal berücksichtigt. Auch bei der Entwicklung der Lohnnebenkosten (Kranken-, Renten und Arbeitslosenversicherungen) nimmt Deutschland einen unrühmlichen Spitzenplatz ein. Die Abkoppelung der Lohnstückkosten von der Produktivität untergräbt die internationale Wettbewerbsfähigkeit und die Attraktivität Deutschlands als Investitionsstandort. Die Metall- und Elektroindustrie beklagt, dass die Löhne seit 2010 um 19 % gestiegen seien, die Produktivität aber nur um 5 %. In keinem anderen gro-Ben Industrieland sei die Arbeit so teuer wie in Deutschland. Derzeit überdeckt der schwache Euro noch die strukturellen Schwächen. Auf Sicht besteht jedoch die Gefahr, dass die Bundesrepublik zurückfällt in vergangene Zeiten. Das IW fordert in dem Zusammenhang eine neue wirtschaftspolitische Agenda mit einer steuerlichen Förderung von Forschungsausgaben, der Bindung von Lohnsteigerungen an die Produktivität und ein Einwanderungsgesetz, das dringend gesuchte Fachkräfte ins Land hole, nicht aber Einwanderer in die sozialen Sicherheitssysteme.

#### "Neu und interessant"

Auf einem Kongress kommentiert ein Referent den Beitrag seines Vorredners so: "Sie haben heute viel Neues und Interessantes vorgetragen. Aber das Interessante war nicht neu und das Neue nicht interessant...".